

ich bemerken, dass mir diese Forderung entschieden nicht weit genug geht. Dringend erforderlich ist das Mitnehmen von Arbeit nach Feierabend, um sie zu Hause fertig zu stellen, zu verbielen. Das muss unter allen Umständen unterbleiben. Dort, wo eilige Arbeit erledigt werden soll, die zur vermehrten Einstellung von Arbeitskräften zu gering ist, kann der Raum des Ateliers dazu benutzt werden.

§§ 7 und 8 kommen für uns weniger in Betracht. Die beiden letzten lauten: § 9: «Erlaubnis von Schutzbestimmungen und Sozialvorschriften nach der Natur der einzelnen Zweige der Heimarbeit.»

§ 10. Verhängung strenger Strafen für Uebertretung der gesetzlichen Vorschriften, für deren Einhaltung Arbeitgeber und Zwischenmeister in erster Linie verantwortlich sind.

Wenngleich diese Vorschläge zur Gesetzgebung hauptsächlich dazu bestimmt sind, die skandalösen Auswüchse in der Hausindustrie derjenigen Berufe zu beseitigen, in denen die Frauen- und Kinderarbeit und die der Ungelernten die Berufsverhältnisse auf eine Stufe gebracht haben, die nur noch ein wahres Hinvegetieren gestattet, so zeigt doch jene Betrachtung, dass auch wir manche Besserung von diesen Forderungen erwarten können. Zum mindesten sind dieselben uns ein wirksames Mittel zum Kampf gegen die Heimarbeit, die durch ihre Isoliertheit sich jeder Kontrolle der Kollegen zu entziehen wusste. Werden jene Bestimmungen gegen sie zur Anwendung gebracht, dann wird für die betreffenden Kollegen, als für Zwischenmeister und Unternehmer das Interesse an der Heimarbeit sehr geschwächt werden und sicherlich schliesslich ganz verschwinden. Damit ist dem weiteren Heruntergleiten auf abschüssiger Bahn in unserem Beruf Einhalt gethan. Damit wird es uns aber auch leichter sein, die Zahl der Organisierten zu erhöhen. Dann ist's uns auch möglich, durch rücksichtsloses Vorgehen gegen die Privatlithographie diese zur Anerkennung unserer Forderungen zu zwingen. Und, das ist meine feste Ueberzeugung: Ist den Privatlithographen durch die ständige Kontrolle der Gewerbeinspektion und indem wir ihnen unsere Forderungen in Bezug auf Lohn und Arbeitszeit zwingen anzuerkennen, die gegenseitige Schundkonkurrenz zur Unmöglichkeit gemacht, dann fällt für den Unternehmer jedes Interesse in der Privatlithographie fort. Sie ist beseitigt durch den organisierten Willen unserer Kollegen.

Und wenn nun die »Generalkommission der Gewerkschaften« auf dem Stuttgarter Gewerkschaftskongress beauftragt ist, während der nächsten Reichstagsession einen Heimarbeiter-schutzkongress nach »Berlin« einzuberufen und die Reichsregierung und die Parteien des Reichstages dazu einzuladen, so ist es die Pflicht unserer Kollegen, an dieser Demonstration teilzunehmen. Auch wir müssen unser Teil dazu beitragen, dass der Protest gegen das erbärmlichste aller Ausbeutungssysteme die Gesetzgebung dazu zwingt, diesem System allmählich den Garaus zu machen. Adolf Domnick.

Neutralität der Behörden?

Eine geschichtliche Anekdote aus der Zeit der Türkenkriege erzählt von einem Obergeneral der Oesterreicher, dem Grafen Sporck, einem ehemaligen westfälischen Bauernknecht, folgenden Vorfalle. Vor einer entscheidenden Schlacht sprang der General vom Pferde, entblösste sein Haupt und redete den Herrgott folgendermassen an: »Höchster Generalissimus, hilf uns! Wenn du uns aber nicht helfen willst, so hilf auch wenigstens den Türkenhunden nicht! Dann wollen wir schon mit ihnen fertig werden!« Der Herrgott soll sich, der Geschichte zufolge, neutral verhalten haben und die Türken erlitten eine böse Schlappe.

An diese Anekdote wird man jedesmal erinnert, wenn man das Verhalten der Behörden in einem Streite zwischen Unternehmern und Arbeiterschaft beobachtet. Eigentlich sollte man von Leuten, die nicht nur von den Marktstücken der Unternehmer, sondern auch von den Groschen der Arbeiter bezahlt werden, eine strenge Neutralität erwarten. Die Herren Beamten fallen aber stets auf die Butterseite, d. h. sie stellen sich ohne viel Nachdenken, gewissermassen instinktiv, auf die Seite der Unternehmer und machen Front gegen die Arbeiter. In ihren

Augen haben die Arbeiter in jedem Falle Unrecht, die Unternehmer sind aber immer im Rechte. Mag sich das Kapitalprozentum noch so frivol und fleghaft benehmen, die Behörden decken dies mit dem Mantel der Liebe zu, während sie bei dem geringsten Vergehen der Arbeiter mit der Schärfe des Schwertes drein schlagen. Dies Messen mit doppeltem Masse ist die charakteristische Erscheinung im heutigen »Rechtsstaate«, der den Grundsatz: »Gleiches Recht für alle!« auf seine Fahne geschrieben hat.

In tausenden von Fällen tritt jahraus jahrein dieser Mangel an Neutralität in die Erscheinung und die Aufzählung all dieser Beispiele einer mangelnden Unparteilichkeit bildet eine stehende Rubrik in der Arbeiterpresse. Gerade in den letzten Wochen hat sich diese eigenartige Stellungnahme der Behörden bei der Bauarbeiter-Aussperrung in Hamburg wieder gezeigt. Die Hamburger Scharfmacher werfen in höchst frivoler Weise tausende fleissiger Arbeiter auf die Strasse und die Behörden stehen diesem Protzentum wohlwollend gegenüber. Nicht nur, dass sie ihnen Frist gewähren bei Lieferung von Staatsarbeiten, unterstützen sie auch noch obendrein die Einfuhr von Streikbrechern. In geradezu rührender Weise nimmt sich die Polizei der »arbeitswilligen Elemente«, dieses verlasteten Gesindels, an, während sie jeden ausgesperrten Arbeiter, der die Fremden aufzuklären sucht, wie das sein gutes Recht ist, mit Verhaftung bedroht. Die Szenen, die sich nach dieser Richtung hin abspielen haben, sind so auffällig, dass selbst ein nichtsozialdemokratisches Blatt Hamburgs darüber schrieb: »Von unsern Behörden kann und muss man verlangen, dass sie Lohnkämpfen durchaus »Gewehr bei Fuss« gegenüberstehen, nicht aber zu Gunsten einer der kämpfenden Parteien eingreifen. Fest steht jedoch, dass die Polizeibehörde mit einer Entschiedenheit zu Gunsten der Innung »Bauhütte« in den Lohnkampf eingegriffen hat, die nicht grösser hätte sein können, wenn es sich um die ungerechteste und frivoletste Arbeitseinstellung gehandelt hätte. Das Letztere aber zu untersuchen, ist nicht Aufgabe der Polizei-Organen und es ist faktisch auch nicht der Fall. Denn die Forderungen der Streikenden sind sowohl nach der rechtlichen wie materiellen Seite begründet, was auch von zahlreichen Herren aus dem Baugewerbe, seien sie nun Architekten oder Bauherren, anerkannt worden ist. Aber, wie gesagt, in eine solche Würdigung des Sachverhaltes hat die Polizei nicht einzutreten, das ist nicht ihre Sache. Sie hat allein zu entscheiden, ob auf Grund des Verhältnisses die Sicherheit und Ruhe bedroht oder für andere Personen Gefahren heraufbeschoren werden könnten. Auf diese Prüfung hat sie sich jedoch nicht immer beschränkt, sondern manche ihrer Organe haben unter Ausserachtlassung der gebotenen Objektivität eine Reihe von Missgriffen gethan, die auf eine Schmälerung des Arbeiter-Koalitionsrechts herauskommen. Wenn eine ganze Strasse gesperrt wird, in die Wagen der Innungsmeister Polizeibeamte plaziert werden, damit die »Arbeitswilligen« in den Quartieren sicher gelandet werden, wenn auf dem Bahnsteige die Innungsmitglieder den Polizisten die Befehle erteilen, wer vom Perron, unter dem Verdacht, ein Streikender zu sein, zu verweisen ist — wobei natürlich Missgriffe nicht zu vermeiden sind —, so ist das eine direkte Parteinahme und keine objektive Ueberwachung der Einhaltung der Gesetze. Eine solche Parteilichkeit einer Behörde aber zuzuwenden, die von der Allgemeinheit erhalten wird, ist mehr als misslich, wenn das Wort vom »Klassenstaat« keine Berechtigung erlangen soll. Derartige Parteilichkeit erschüttert das Vertrauen der Mitbürger in die Gerechtigkeit des Staates auf das Empfindlichste und es diskreditiert verständige Bestrebungen auf sozialem Gebiete, die der Versöhnung der Klassen dienen sollen.«

Diese Parteinahme der Behörden zu Gunsten des Unternehmertums hat ihren Grund in der mangelnden sozialpolitischen Einsicht und in dem Fehlen eines sozialen Empfindens bei der Mehrzahl der Beamten. Die unteren Beamten sind zu sehr militärisch gedrillt und haben zu wenig Gefühl mehr mit den erwerbsthätigen Schichten der Bevölkerung als dass sie ein Verständnis haben sollten für das, was in der Volksseele vorgeht. Und die oberen Beamten sind in den Anschauungen und Vorurteilen ihrer Klasse aufgewachsen und erzogen worden, sodass sie ebensowenig instand sind, mit den unteren Volksschichten zu fühlen. So steht denn die Arbeiterklasse einem Beamtentum gegenüber, das ihr vollständig fremd ist und weder Verständnis noch Empfinden für die tausenderlei sozialen Missstände hat. Anders lässt sich die oft zitierte Parteilichkeit der Behörden gar nicht erklären.

In dem ununterbrochenen Guerillakampfe zwischen den Behörden und den Arbeiterorganisationen beobachten wir eine vollständige Skala von den kleinsten Polizeischikanen bis zu den grössten Gesetzesverletzungen. Es wäre zum Lachen, wenn es nicht so traurig wäre, diesen erbitterten Kampf in all seinen Phasen zu verfolgen: es wechseln ab Nadelstiche, z. B. das Verbot einer roten Kranzschleife, mit Keulenschlägen z. B. die Auflösung einer Organisation. Alles aber läuft darauf hinaus, die Arbeiter in ihrem Bestreben nach Hebung ihrer Lebenslage müde zu machen und ihnen Knüppel zwischen die Beine zu werfen. Dass diese edle Absicht im Grunde genommen doch keinen Zweck

hat, wollen diese Leuten noch immer nicht einsehen.

Wie weit wir in dieser Beziehung noch zurück sind, ergibt sich aus folgender einfacher Betrachtung. Der deutsche Kaiser erklärte beim Antritt seiner Regierung, dass man es den Arbeitern nicht verdenken könne, wenn sie nach einer Verbesserung ihrer Lage strebten, da dies ja jeder Mensch thue; ferner forderte er die massgebenden aktoren auf, sie sollten den Arbeitern die Ueberzeugung beibringen, dass sie den anderen Staatsbürgern gleichberechtigt seien und auch als Gleichberechtigte behandelt würden. Was haben diese Worte genützt? — Spurlos sind sie an der Beamenschaft vorübergegangen!

Und doch erscheint es nahezu unverständlich, dass dieselben Leute, die jahraus jahrein nach einer Verbesserung ihrer Lage schreien, den Emanzipationsbestrebungen des Proletariats fortwährend Hindernisse in den Weg legen. Es giebt wohl keine unzufriedeneren Elemente im Staate als die Beamten. Beständig liegen sie den massgebenden Faktoren vor den Ohren und petitionieren um Gehaltserhöhung, um Verbesserung des Avancements, um bessere Pensionsverhältnisse etc. Man lese nur die Reichstags-, Landtags-, Bürgerschafts- und Stadtverordnetenversammlungs-Debatten und man wird finden, dass bald die eine, bald die andere Kategorie von Beamten nach Verbesserungen schreit. Wie kommen nun diese Leute, die selbst niemals den Hals vollkriegen können, dazu, die Arbeiter so zu bekämpfen? Ein alter Pfarrer in Oberschlesien, Karl Jentsch hat sich schon vor Jahren darüber gewundert, dass die Herren Beamten, die selbst hohe Gehälter, kurze Arbeitszeit, angenehme Arbeitsverhältnisse und eine gesicherte Existenz entweder bereits haben oder erst erstreben, die gleichen Bestrebungen, wenn sie von den Arbeitern ausgehen, niederknüppeln. Sind ehrliche Arbeiter vielleicht weniger wert, als diejenigen Leute, die an der Krippe des Volkes sich satt essen.

Aber noch etwas anderes ist hierbei zu berücksichtigen. Der wirtschaftliche Kampf, wie er sich zwischen Unternehmer und Arbeiter abspielt, ist ein so scharfer und eigenartiger, dass ihn ein Fernstehender kaum versteht; für jeden Beteiligten handelte es sich um Existenzfragen. Die Herren Beamten stehen nun abseits vom Strome und schauen den mit den Fluten Ringenden zu. Sie sind mit festem Gehalte angestellt und der drückenden Sorge um das tägliche Brot entrückt. Es mag regnen oder schneien, es mag viel oder wenig Arbeit am Markt sein, sie holen sich an bestimmten Kalendertagen aus den öffentlichen Kassen ihr Geld ab und können damit haushalten, bis sie endlich in den Pensionsstand hinübergehen; sterben sie, so ist für Frau und Kinder gesorgt. Staat und Gemeinde, ja die sämtlichen Bürger übernehmen die Kosten, Handels- und Gewerkekrisis, keine Konkurrenz, keine Bankerotte oder böswillige Schuldner, keine Umwälzungen in Technik oder Mode, keine Arbeitslosigkeit oder flauere Zeiten gefährden ihr Einkommen oder ihre Existenz. Alle die erwähnten Gefahren, die wie Nachtgespenster die erwerbsthätige Bevölkerung durchs Leben geleiten, bleiben ihnen fern. Wenn sie sich nur halbwegs halten und nicht zu grosse Seitensprünge machen, sind sie zeitlebens gesichert.

Wie kommen nun diese Leute dazu, so fragen wir immer wieder, uns Arbeitern das verwehren zu wollen, was sie selbst in höchstem Masse für sich in Anspruch nehmen? Deshalb verbitten wir uns jede unbefugte Einmischung der Beamten, die aus dem Steuersäckel der Allgemeinheit besoldet werden und verlangen eine unbedingte Neutralität. Wie einst der General Sporck zum Herrgott, so sprechen wir heut mit andern Worten zu den Behörden: »Wenn Ihr uns nicht helfen wollt, so helft auch wenigstens den Unternehmern nicht, dann wollen wir schon mit ihnen fertig werden!«

»Vereins-Anzeiger.«

Korrespondenzen.

(Korrespondenzen ohne Beidruck des Stempels der Zahlstelle oder Filiale finden keine Aufnahme.)

Dresden. Die Monatsversammlung vom 28. Juni nahm einen rein gewerkschaftlichen Charakter an, wie schon aus der Tagesordnung zu ersellen war. Kollege P. Leinen referierte zu Punkt 1 »Internationales und der Kongress in Berlin«. Trotz aller Mühe, etwas erspriessliches für den Kongress in Fluss zu bringen, sei es ihm wegen Mangel an Material nicht gelungen. Redner weist hin auf die noch bestehenden Gegensätze bei den englischen und französischen Federationen, welche geeignet seien, jeden Gegenseitigkeitsantrag zum scheitern zu bringen. Eine internationale Solidarität zu üben, sei bei dem nationalen Egoismus der englischen und französischen Gewerkschaften nicht möglich, daher die Fremdheit dieser Materie selbst bei den intelligenteren Gewerkschaftlern. Zu Punkt 2 erhält Kollege Barthel, Lith., das Wort. Derselbe führte alle die Prosperität des Arbeitsmarktes hemmenden Grundübel an. In beruflicher Beziehung sei es die ausbeuterische Schutzkonkurrenz verschiedener Prinzipale, die Lehrlingszüchterei, die Ueberstunden und Heimarbeit, welche die Arbeitslosigkeit immer mehr fördern. Zur Eindämmung der Not geschehe von Staats- und Gemeindegewegen viel zu wenig, die immer Geldmangel und Sparwut vorschützen. Die Gewerkschaften begegnen dieser Not in erfreulicher

